

Großes Vertrauen in die deutsche Justiz

Eine Dokumentation des Beitrags

von Prof. Renate Köcher

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 192 vom 20. August 2014

INHALT

- Tabellenübersicht

- Originalmanuskript

- Untersuchungsdaten

- Anhangtabellen

- Schaubilder

- Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 192 vom 20. August 2014, S. 8, unter dem Titel:

"Im Namen des Volkes. Die meisten glauben, Reiche hätten vor Gericht bessere Chancen. Insgesamt fühlen sie sich aber gut aufgehoben im Rechtssystem."

TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Inzwischen vertrauen Ostdeutsche und Westdeutsche den Gerichten gleichermaßen
	A	2	Das Grundgesetz wird als eine der größten Errungenschaften der Bundesrepublik gesehen
	A	3	Bedeutungsverlust des Grundgesetzes durch Europa?
	A	4	Haltung zu Urteilen des Bundesverfassungsgerichts
	A	5	Zustimmung zu Aussagen über das deutsche Rechtssystem
	A	6	Die Mehrheit ging davon aus, dass Uli Hoeneß aufgrund seiner Prominenz Vorteile vor Gericht hatte
	A	7	Keine grundsätzliche Skepsis gegenüber der Justiz
	A	8	Knapp 30 Prozent haben eigene Erfahrungen mit dem deutschen Rechtssystem
		B	1
Schaubild		1	Differenzierte Reaktion auf aktuelle Urteile
		2	Stabiles Vertrauen in die Justiz
		3	Großes Vertrauen in die Justiz
		4	Unbehagen über den Einfluss des EuGH
		5	Keine Berücksichtigung kultureller Prägungen

Originalmanuskript

Prof. Renate Köcher
Institut für Demoskopie Allensbach

Großes Vertrauen in die deutsche Justiz

In letzter Zeit gab es wiederholt Gerichtsurteile, die große öffentliche Aufmerksamkeit und auch viel Kritik auf sich zogen. Ob die Aufarbeitung des Falles Mollath, die 100-Millionen-Dollar-Einigung mit Bernie Ecclestone oder der Verlauf des Prozesses gegen Uli Hoeneß – durchgängig waren diese Prozesse dazu ange-
tan, Zweifel an der Justiz zu nähren. Dazu kommen Urteile, die dem Rechtsempfinden der überwältigenden Mehrheit der Bürger widersprechen. Dazu gehört beispielsweise das Urteil, dass Internetprovider die Namen von Personen nicht preisgeben müssen, die im Internet anonym mit nachweislich falschen Behauptungen den Ruf von Ärzten oder anderen Berufsgruppen schädigen; lediglich ein Fünftel der Bevölkerung kann dieses Urteil nachvollziehen, 62 Prozent halten es für falsch. Auf noch mehr Ablehnung trifft das Urteil des Europäischen Gerichtshofes, dass Türken, die zu ihrem Ehepartner nach Deutschland nachziehen, künftig kein Test ihrer deutschen Sprachkenntnisse mehr abverlangt werden darf.

Schaubild 1

So kritisch diese Urteile in der Gesellschaft aufgenommen wurden, ist nicht zu erkennen, dass sie das Grundvertrauen in die deutsche Justiz erschüttert hätten. Dieses Vertrauen ist groß: Zwei Drittel der Bürger haben großes Vertrauen in die deutschen Gerichte, nur 29 Prozent wenig und ganze 5 Prozent keinerlei Vertrauen. Über die letzten Jahre hinweg schwankte der Vertrauenspegel innerhalb der engen Bandbreite von 60 und 71 Prozent. Dabei verbirgt sich hinter der wenig spektakulären gesamtdeutschen Entwicklung ein sehr bemerkenswerter Befund: Es gibt heute zwischen West- und Ostdeutschland keine signifikanten Unterschiede mehr, ganz anders als noch vor fünf Jahren. Über lange Zeit war das Vertrauen in die Justiz wie in die Gesetze und andere Institutionen in Ostdeutschland gravierend niedriger als in Westdeutschland. Noch 2008 bekundeten 65 Prozent der westdeutschen, aber nur 45 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung großes Vertrauen in die Rechtsprechung. Seither ist das Vertrauen im Osten von 45 auf 64 Prozent angewachsen.

Tabelle A 1

Schaubild 2

Tabelle A 1

Generell ist das Vertrauen der Bürger in das gesamte Rechtssystem groß, in die Gesetze wie in die Rechtsprechung nach diesen Gesetzen. Nichts reicht an das Vertrauen heran, das insbesondere das Grundgesetz und das Bundesverfassungsgericht genießen. 87 Prozent der Bürger setzen großes Vertrauen in das Grundgesetz, 79 Prozent in das Bundesverfas-

sungsgericht, 72 Prozent generell in die Gesetze der Bundesrepublik. Lediglich die Polizeikräfte genießen ähnlich großes Vertrauen wie Gesetze und Justiz. Das Grundvertrauen in die Justiz strahlt sogar auf den Europäischen Gerichtshof aus, dem die Bürger ungleich mehr Vertrauen entgegenbringen als der Europäischen Kommission. Schaubild 3

Das Grundgesetz gilt heute als eine der größten Leistungen und Erfolge des Landes noch vor den wirtschaftlichen Erfolgen. 60 Prozent der Bevölkerung zählen das Grundgesetz zu den größten historischen Leistungen der Bundesrepublik. Im Blick auf die europäische Integration wächst allerdings die Sorge, dass dieser bewährte Rechtsrahmen beeinträchtigt werden könnte. Zwei Drittel der Bürger diagnostizieren einen Bedeutungsverlust des Grundgesetzes durch die europäische Integration, wobei die meisten allerdings den Eindruck haben, dass der Einfluss von Grundgesetz und Bundesverfassungsgericht bisher nicht gravierend geschmälert worden ist. Tabelle A 2
Tabelle A 3

Die Bürger unterschätzen im Allgemeinen den Einfluss der europäischen Ebene. Doch selbst da, wo das Verfassungsgericht sich erkennbar skeptisch der europäischen Politik beugte, wie im Fall der in Karlsruhe verhandelten Rettungspakete für die überschuldeten Mitglieder der Euro-Zone, war schon allein die Tatsache,

dass das Gericht sich ausführlich mit den Problemen beschäftigte, für viele Bürger eine Beruhigung.

Wie schwer sich die Bevölkerung mit dem Transfer von juristischen Kompetenzen auf die europäische Ebene tut, zeigt die weit verbreitete Aversion gegen den Einfluss des EuGH. Obwohl die Mehrheit ihr Grundvertrauen in die Justiz auch auf den Europäischen Gerichtshof überträgt, kann sich nur eine Minderheit dafür erwärmen, dass dieses Gericht über Fälle urteilt, die zunächst ausschließlich Deutschland betreffen, wie dies der Fall bei dem jetzt untersagten Nachweis von Sprachkenntnissen für nachziehende türkische Ehepartner war. 50 Prozent möchten solche Entscheidungen ausschließlich deutschen Gerichten vorbehalten.

Schaubild 4

Das geradezu überwältigende Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht bedeutet jedoch nicht, dass die Mehrheit in der Regel mit den Karlsruher Entscheidungen konform geht. Viele Urteile decken sich zwar mit dem Rechtsempfinden der großen Mehrheit. Das gilt beispielsweise für das Urteil, dass Telefon- und Internetverbindungen nur bei konkretem Tatverdacht ausgewertet werden dürfen, wie für die grundsätzliche Genehmigung von Auslandseinsätzen, wenn sie der Bundestag beschlossen hat. Zwei Drittel akzeptieren auch das Urteil des Gerichts, dass Hilfszahlungen

an Mitgliedsländer der Euro-Zone zulässig sind, wenn die Mehrheit des Bundestages sie befürwortet. Das Urteil, das dem Staat das Recht zugesteht, muslimischen Lehrerinnen das Tragen des Kopftuchs im Unterricht zu untersagen, wurde von 69 Prozent unterstützt, das Verdikt, eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften steuerlich wie Ehepaare zu behandeln, von 62 Prozent. Auch dass Karlsruhe die Latte für ein Verbot von Parteien hochgelegt hat und verfassungsfeindliche Ansichten als dafür nicht ausreichend bewertete, hält die Mehrheit für richtig.

Tabelle A 4

Auf der anderen Seite hat die Mehrheit ein Problem mit dem Schutz des Demonstrationsrechtes durch die Verfassungsrichter, die urteilten, dass Demonstrationen auch dann nicht verboten werden dürfen, wenn es zu gewaltsamen Ausschreitungen kommen könnte. Die Mehrheit hält es auch nicht für richtig, wenn Eltern verlangen dürfen, dass in staatlichen Schulen ein Kreuz im Klassenzimmer abgehängt wird. Auch mit der Erlaubnis von sogenannter Schockwerbung von Unternehmen tut sich die Mehrheit schwer wie auch mit dem Verbot, heimliche Vaterschaftstests vor Gericht als Beweis vorzulegen. Dies tut dem Vertrauen in das Verfassungsgericht jedoch keinen Abbruch wie auch einzelne kontrovers diskutierte Urteile anderer Gerichte das Vertrauen in die Justiz insgesamt nicht nennenswert beeinträchtigt haben. Auch unterhalb der

Ebene des Verfassungsgerichts treffen öffentlich diskutierte Urteile auf sehr unterschiedliche Reaktionen. Während die große Mehrheit kein Verständnis für das eingangs zitierte Urteil zum Schutz der Anonymität im Netz hat, halten umgekehrt 90 Prozent das Urteil für richtig, dass Google zur Löschung von Informationen verpflichtet werden kann, die dazu angetan sind, Persönlichkeitsrechte zu verletzen. Das ist nur ein Beispiel von mehreren, in letzter Zeit öffentlich diskutierten Urteilen, die dem Rechtsempfinden der überwältigenden Mehrheit entsprachen.

Dass andere Urteile oder Vergleiche, die weit überwiegend kritisch aufgenommen wurden, das Ansehen der Rechtsprechung nicht angegriffen haben, hat allerdings auch damit zu tun, dass die Blindheit von Justitia nach Überzeugung der meisten Bürger immer eine Schimäre war. Nur eine Minderheit geht davon aus, dass in Deutschland jeder Bürger die gleichen Chancen hat, zu seinem Recht zu kommen. 61 Prozent halten die Rechtsprechung für uneinheitlich und damit die Chancen in hohem Maße abhängig davon, vor welchem Gericht und Richter man steht. Noch mehr sind überzeugt, dass die materiellen Verhältnisse großen Einfluss auf die Chancen vor Gericht haben: 71 Prozent gehen davon aus, dass derjenige, der sich einen bekannten Anwalt leisten kann, vor Gericht bessere Chancen hat.

Tabelle A 5

Geld und Prominenz verbessern nach Überzeugung der Mehrheit die Voraussetzungen für ein mildes Urteil. Auch im Fall Hoeneß hatte die Mehrheit den Eindruck, dass er durch seine Prominenz Vorteile hatte. Bei Ecclestone verblüffte höchstens die Vergleichssumme. Ansonsten „passte“ der Fall in das Weltbild der Bürger, dass Geld in fast jeder Lebenslage hilft, die Umstände angenehmer zu gestalten.

Tabelle A 6

Dies führt jedoch nicht zu einer grundsätzlichen Skepsis gegenüber der Justiz. Insgesamt gehen die meisten, sofern sie sich ein pauschales Urteil über die Rechtssprechung zutrauen, davon aus, dass die meisten Urteile richtig und gerecht sind. Allerdings ist knapp die Hälfte der Bevölkerung überzeugt, dass die Urteile oft zu milde ausfallen. Insbesondere junge Straftäter können nach dem Eindruck vieler Bürger oft auf zu große Nachsicht hoffen.

Tabelle A 7

Tabelle A 5

Die Hauptkritik an dem deutschen Justizsystem setzt jedoch an der Überlastung der Gerichte und den daraus resultierenden Verfahrensdauern an. Diese Kritik wächst seit Jahren kontinuierlich. Vor vier Jahren waren 74 Prozent der Bürger überzeugt, dass viele Verfahren zu lange dauern, zwei Jahre später 77 Prozent, jetzt 81 Prozent. Der Eindruck, dass viele Gerichte überlastet sind, hat im selben Zeitraum von 60 auf 71 Prozent zugenommen. Entsprechend hat auch nur eine Minderheit

Tabelle A 5

Zutrauen, dass die Gerichte ausreichend Zeit haben, um gründlich und gewissenhaft zu arbeiten. Richter und Staatsanwälte bestätigen in Befragungen diesen Eindruck. Die überwältigende Mehrheit zieht die Bilanz, dass sie sich für die einzelnen Rechtsfälle nicht genügend Zeit nehmen können. Das gilt insbesondere für diejenigen, die an Sozialgerichten arbeiten, während die Situation an den Arbeits- und Finanzgerichten im Durchschnitt deutlich günstiger ist.¹ Tabelle A 5

Auch dies mindert jedoch nicht das Grundvertrauen der Bürger in die Justiz. Die große Mehrheit empfindet Deutschland als gefestigten und verlässlichen Rechtsstaat, und viele fühlen sich durch eigene Erfahrungen bestätigt. Rund 30 Prozent haben in den letzten Jahren als Zeuge, Kläger oder Beklagter Erfahrungen mit dem deutschen Rechtssystem gemacht. Neben der öffentlichen Aufmerksamkeit für spektakuläre Fälle stehen damit zahlreiche Erfahrungen mit der alltäglichen Rechtssprechung, die wesentlich zu dem stabilen Vertrauen in die Justiz beitragen. Tabelle A 8

Viele sehen in der Justiz jedoch auch eine Bastion, mit der die politische und gesellschaftliche Ordnung des Landes verteidigt wird. Dies gilt beispielsweise für die Rolle des Verfassungsgerichts im Prozess der europäischen Integration genauso wie für die Verteidigung

¹ Quelle: Roland Rechtsreport 2014

der deutschen Werteordnung in einem Land, in dem zunehmend sehr unterschiedliche kulturelle Prägungen aufeinandertreffen. Die Gerichte sind immer mehr mit Fällen konfrontiert, in denen kulturelle Prägungen aus anderen Kulturkreisen eine Rolle spielen. Die überwältigende Mehrheit der Bürger erwartet hier, dass nach der geltenden Rechtsordnung und den in ihr enthaltenen Wertvorstellungen Recht gesprochen wird, ohne Berücksichtigung der Herkunft und kulturellen Prägungen der Prozessbeteiligten. Der Justiz wird damit eine wesentliche Integrationsfunktion zugeschrieben, die Durchsetzung der Maßstäbe und Werte, auf denen das deutsche Recht aufbaut, in einer immer heterogeneren Gesellschaft.

Schaubild 5

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1.621
Befragungszeitraum:	21. Juli bis 5. August 2014
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

Inzwischen vertrauen Ostdeutsche und Westdeutsche den Gerichten gleichermaßen

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Auf dieser Liste stehen verschiedene staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen bzw. Institutionen. Könnten Sie mir bitte zu jedem Punkt auf der Liste sagen, wie viel Vertrauen Sie in jeden haben, ob sehr viel Vertrauen, ziemlich viel, wenig oder überhaupt kein Vertrauen?"
(Listenvorlage)

Die Gerichte

	Bevölk. insg.		West		Ost	
	2008 %	2014 %	2008 %	2014 %	2008 %	2014 %
Sehr viel Vertrauen/ ziemlich viel Vertrauen.....	61	66	65	66	45	64
Wenig/überhaupt kein Vertrauen	39	34	35	34	55	36
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10030, 11027

Das Grundgesetz wird als eine der größten Errungenschaften der Bundesrepublik gesehen

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was sind Ihrer Meinung nach die größten Erfolge, die größten Leistungen der Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung? Was von dieser Liste würden Sie nennen?" (Listenvorlage)

	Bevölkerung insgesamt
	%
Der Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, z.B. bei der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung	61
Das Grundgesetz	60
Die Qualität deutscher Produkte ('Made in Germany').....	57
Dass wir ein stabiles politisches System haben	49
Das Ansehen Deutschlands in der Welt	47
Der Aufbau in den neuen Bundesländern.....	42
Die Rechtssicherheit in Deutschland, dass man sich auf die Gesetze verlassen kann	42
Die Leistungen von Wissenschaft und Forschung.....	40
Die Gleichstellung von Männern und Frauen.....	39
Dass in Deutschland so stark auf Umweltschutz geachtet wird.....	33
Die Arbeitnehmerrechte, z.B. bei der Mitbestimmung und der Begrenzung der Wochenarbeitszeit.....	32
Der soziale Friede, der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.....	30

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11016, Oktober 2013

Bedeutungsverlust des Grundgesetzes durch Europa?

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hat des Grundgesetz Ihrer Meinung nach durch die europäische Integration deutlich oder etwas an Bedeutung verloren, oder ist das nicht der Fall?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Das Grundgesetz hat -	
deutlich an Bedeutung verloren	22
etwas an Bedeutung verloren	42
nicht an Bedeutung verloren	35
Keine Angabe	1
	<hr/>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11018, Dezember 2013

Haltung zu Urteilen des
Bundesverfassungsgerichts

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Seit Bestehen der Bundesrepublik hat es eine Reihe von wichtigen Gerichtsurteilen des Bundesverfassungsgerichts gegeben. Hier auf diesen Karten haben wir einmal einige aufgeschrieben. Welche dieser Gerichtsurteile halten Sie für richtig und mit welchen Entscheidungen sind Sie nicht einverstanden? Bitte verteilen Sie die Karten entsprechend auf das Blatt. Karten, bei denen Sie sich nicht entscheiden können, legen Sie bitte beiseite."
(Kartenspiel- und Bildblattvorlage)

Auszug aus den Vorgaben

Es halten das jeweilige
Urteil für richtig -
(Angaben in Prozent)

Telefon- und Internetverbindungsdaten dürfen von der Polizei nicht ohne konkreten Verdacht ausgewertet werden.....	90
Auslandseinsätze der Bundeswehr im Rahmen der NATO- und UNO-Mandate sind zulässig, bedürfen aber der Zustimmung des Bundestags.....	74
Der Staat kann es muslimischen Lehrerinnen verbieten, im Unterricht ein Kopftuch zu tragen	69
Hilfszahlungen von Deutschland an in Not geratene Länder der Euro-Zone sind zulässig, bedürfen aber der Zustimmung des Bundestages.....	65
Eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften müssen steuerlich wie Ehepaare behandelt werden	62
Parteien dürfen nur dann verboten werden, wenn sie versuchen wollen, die bestehende Staatsordnung der Bundesrepublik umzu- stürzen. Verfassungsfeindliche Ansichten reichen für ein Verbot nicht aus	52
S.g. Schockwerbung von Unternehmen, z.B. mit Bildern von Kranken oder Hungernden, ist erlaubt.....	41
Demonstrationen dürfen auch dann nicht verboten werden, wenn es möglicherweise zu einzelnen gewaltsamen Ausschreitungen kommen könnte	39
Eltern dürfen verlangen, dass ein Kreuz im Klassenzimmer staatlicher Schulen abgehängt wird.....	36
Heimliche Vaterschaftstests, die der vermeintliche Vater durchführen lässt, dürfen nicht als Beweis vor Gericht verwendet werden.....	34

Zustimmung zu Aussagen über das deutsche Rechtssystem

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier auf dieser Liste steht Verschiedenes, was uns über das deutsche Rechtssystem, die deutsche Justiz gesagt wurde. Was davon würden Sie selbst auch sagen?" (Listenvorlage)

	Bevölk. insg.		
	2010	2012	2014
	%	%	%
Viele Verfahren dauern zu lang (bis 2012: ..., ziehen sich zu sehr in die Länge).....	74	77	81
Die Gerichte haben heute viel zu viel Arbeit, sie sind überlastet.....	60	64	71
Wer sich einen bekannten Anwalt leisten kann, hat bessere Chancen auf ein günstiges Urteil.....	65	60	71
Die Gesetze in Deutschland sind viel zu kompliziert, das versteht man als normaler Bürger überhaupt nicht.....	63	61	63
Gerade gegenüber jugendlichen Straftätern müssten die Gerichte härter durchgreifen.....	60	60	61
Die Rechtssprechung in Deutschland ist sehr uneinheitlich. Das Strafmaß bzw. das Urteil hängt stark vom zuständigen Gericht ab (bis 2012: "Man hat das Gefühl, die Rechtssprechung ist bei uns sehr uneinheitlich. Je nachdem, welcher Richter zuständig ist, kann das Urteil härter oder milder ausfallen")	59	60	61
Die Urteile der deutschen Gerichte sind oft zu milde	45	44	49
Vor Richtern habe ich großen Respekt	31	28	29
Bei deutschen Gerichten kann man sich darauf verlassen, dass alles mit rechten Dingen zugeht	29	27	26
Die Gerichte arbeiten gründlich und gewissenhaft.....	25	26	26

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11016, 11027

Die Mehrheit ging davon aus, dass Uli Hoeneß aufgrund seiner Prominenz Vorteile vor Gericht hatte

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Im kommenden Jahr muss sich Uli Hoeneß wegen des Vorwurfs der Steuerhinterziehung vor Gericht verantworten. Wie ist Ihr Eindruck: Wird Uli Hoeneß behandelt wie jeder andere Angeklagte auch, oder wird er - weil er prominent ist - bevorteilt, oder wird er deswegen eher benachteiligt?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Behandelt wie jeder andere auch.....	29
Wird bevorteilt	51
Wird benachteiligt.....	5
Unentschieden, keine Angabe	15
	<hr/>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11017, November 2013

Keine grundsätzliche Skepsis gegenüber der
Justiz

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie ist ganz generell Ihr Eindruck: Sind die Urteile, die von deutschen
Gerichten gefällt werden, im Allgemeinen gerecht oder nicht gerecht?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Gerecht	43
Nicht gerecht.....	17
Unentschieden, keine Angabe	40
	<hr/>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11027, Juli 2014

Knapp 30 Prozent haben eigene Erfahrungen
mit dem deutschen Rechtssystem

Tabelle A 8
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Waren Sie in den letzten Jahren einmal oder mehrmals an einem
Gerichtsprozess beteiligt, egal ob als Kläger, Beklagter, Zeuge oder
Zuschauer, oder war das nicht der Fall?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Ja, einmal	18
Ja, mehrmals	11
Nein, nicht der Fall	71
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11016, Oktober 2013

Zweitstimmen

Gesamtdeutschland

	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
Bundestagswahl							
27.9.2009	33,8	14,6	23,0	10,7	11,9	-	6,0
2009: Jahresdurchschnitt .36,0 ...13,5 ..24,011,5 ...10,5-4,5							
2010: Jahresdurchschnitt .33,08,0 ..28,016,09,5-5,5							
2011: Jahresdurchschnitt .33,55,0 ..28,519,07,5-6,5							
2012: 1. Halbjahr							
1.-12.Juli	35,0	4,5	29,0	15,0	6,5	-	10,0
14.-26.Juli	36,0	6,0	27,0	14,0	6,0	-	11,0
1.-13.August	35,5	5,5	27,5	14,0	6,5	-	11,0
3.-17.September	35,0	5,5	28,0	15,0	6,0	-	10,5
28.Sept.-12.Okt.	34,0	5,5	30,0	14,0	6,5	-	10,0
23.Okt.-6.Nov.	35,5	4,5	31,0	14,0	6,0	-	9,0
10.-22.November	37,5	4,0	31,0	12,5	6,5	-	8,5
1.-13.Dezember	37,0	5,0	29,5	13,5	7,0	-	8,0
1.-13.Dezember	37,5	4,5	30,0	14,0	6,5	-	7,5
Jahresdurchschnitt .35,54,5 ..29,014,56,5-10,0							
2013: 3.-18.Januar							
1.-14.Februar	39,0	5,0	28,0	14,0	7,0	-	7,0
1.-14.März	39,0	6,0	27,0	15,0	6,5	-	6,5
27.März-12.April ...	39,5	6,0	26,5	15,5	6,0	-	6,5
15.-30.April	38,5	5,0	28,0	15,0	7,0	-	6,5
4.-17.Mai	38,5	5,5	26,0	15,0	6,0	3,5	5,5
1.-14.Juni	39,0	6,0	27,0	13,0	6,0	3,5	5,5
1.-11.Juli	38,0	6,0	26,0	14,0	7,0	3,0	6,0
3.-15.August	40,0	6,5	25,5	12,5	6,0	3,5	6,0
19.-31.August	39,0	7,0	24,5	13,5	7,0	3,0	6,0
3.-13.September	40,0	6,0	25,0	12,5	7,5	3,0	6,0
16.-19.September ...	39,0	6,0	26,0	11,0	9,0	3,5	5,5
16.-19.September ...	39,5	5,5	27,0	9,0	9,0	4,5	5,5
Bundestagswahl							
22.9.2013	41,5	4,8	25,7	8,4	8,6	4,7	6,3
1.-14.Oktober							
8.-21.November	41,0	5,0	25,0	9,0	9,0	5,5	5,5
1.-12.Dezember	40,0	4,0	26,5	10,0	9,5	5,0	5,0
1.-12.Dezember	41,5	4,0	25,5	10,5	9,0	4,5	5,0
2014: 10.-23.Januar							
1.-13.Februar	40,0	5,0	26,0	10,0	8,5	5,0	5,5
1.-13.März	40,0	4,0	26,5	10,5	9,0	5,0	5,0
28.März-10.April ...	40,5	5,0	25,0	10,0	9,0	5,0	5,5
25.April-9.Mai	40,0	4,5	26,5	11,0	8,0	5,0	5,0
28. Mai - 13. Juni ..	39,5	5,0	26,0	10,5	8,0	5,5	5,5
28. Juni bis 11. Juli	40,0	4,0	26,0	10,0	8,0	6,0	6,0
21. Juli - 5. Aug. .	40,5	3,5	25,0	11,0	8,5	6,0	5,5
21. Juli - 5. Aug. .	41,0	3,0	26,5	10,0	8,0	6,5	5,0

Befragt wurden insgesamt 1.621 Personen

QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie

Schaubilder

Differenzierte Reaktion auf aktuelle Urteile

Es halten das Urteil für –

nicht richtig

2

Internetnutzer, die sich durch Suchergebnisse bei Google in ihrer Privatsphäre verletzt sehen, können bei Google beantragen, dass diese Suchergebnisse gelöscht werden

richtig

90 %

Internetdienste müssen die Namen von Internetnutzern, die anonym im Internet Produkte oder die Arbeit von Ärzten, Handwerkern usw. bewerten oder kommentieren, auch dann nicht herausgeben, wenn diese wiederholt unwahre Aussagen ins Netz gestellt haben

62

21

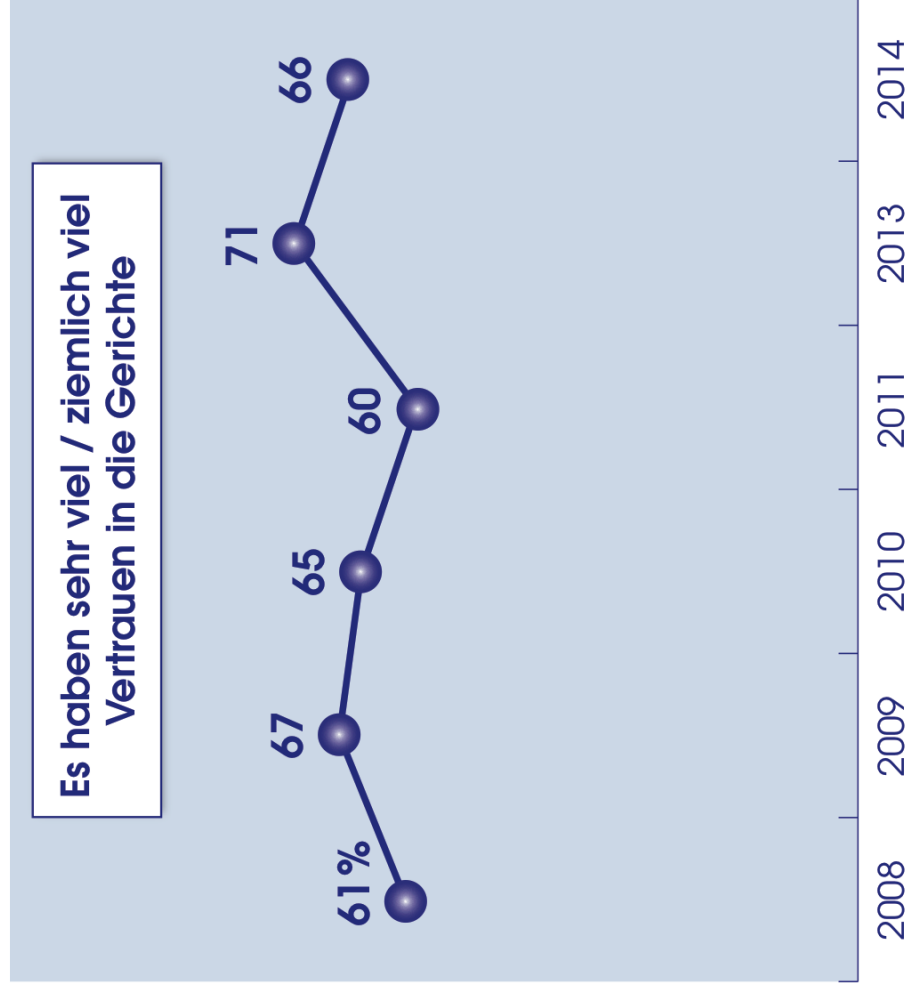
71

Türken, die zu ihrem Ehepartner nach Deutschland ziehen wollen, müssen künftig keine Deutschkenntnisse mehr vorweisen

18

Stabiles Vertrauen in die Justiz

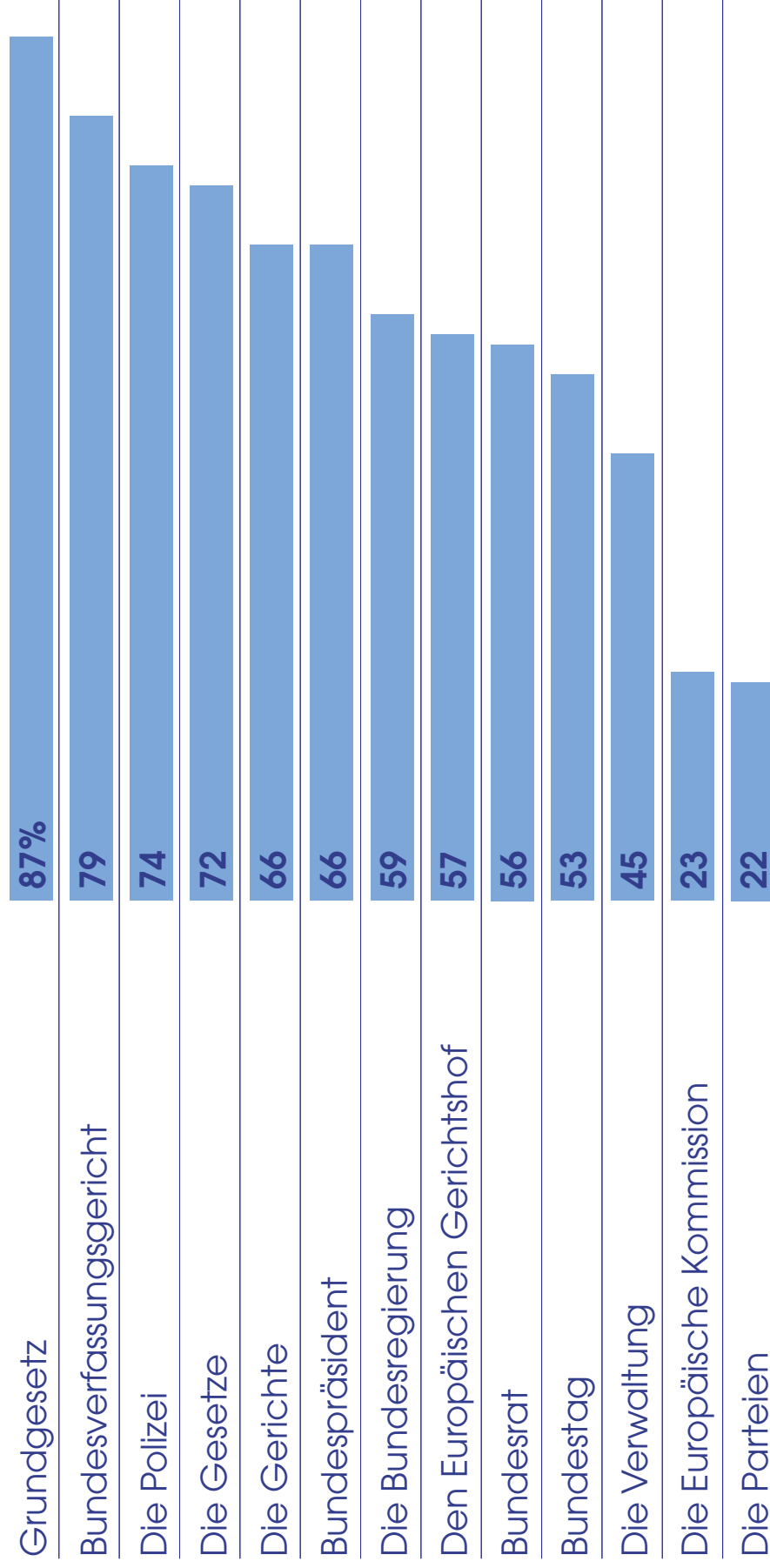
Frage: "Auf dieser Liste stehen verschiedene staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen bzw. Institutionen. Könnten Sie mir bitte zu jedem Punkt auf dieser Liste sagen, wie viel Vertrauen Sie da haben, ob sehr viel Vertrauen, ziemlich viel, wenig oder überhaupt kein Vertrauen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11027

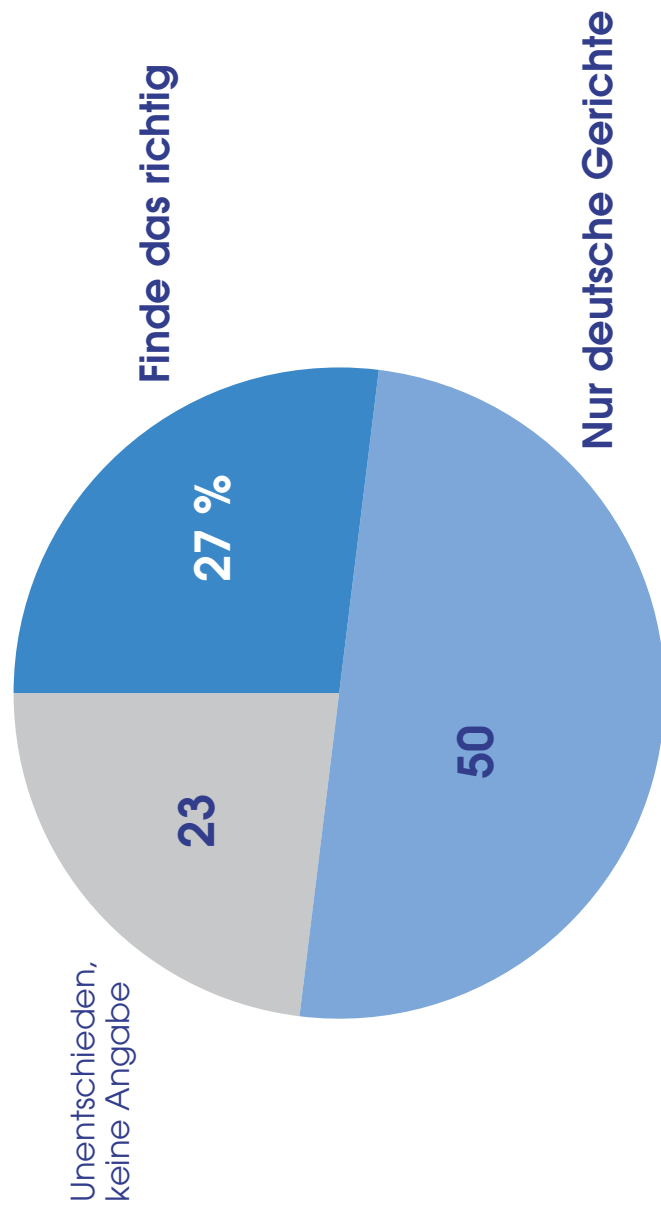
Großes Vertrauen in die Justiz

Es haben großes Vertrauen in -



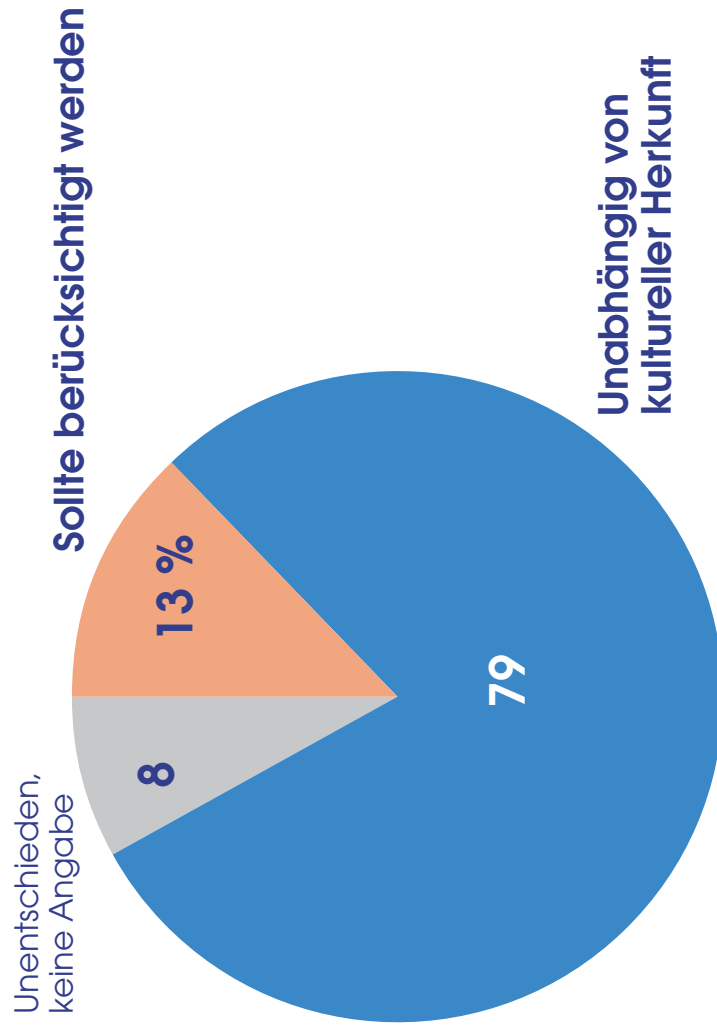
Unbehagen über den Einfluss des EuGH

Frage: "Finden Sie es richtig, dass der Europäische Gerichtshof Urteile sprechen darf, die Fälle in Deutschland betreffen, oder sollten das nur deutsche Gerichte dürfen?"



Keine Berücksichtigung kultureller Prägungen

Frage: "Es wird immer wieder darüber diskutiert, ob Gerichte bei ihren Urteilen gegen Angeklagte ausländischer Herkunft deren Kultur berücksichtigen sollten, also mit welchen Werten und religiösen Überzeugungen diese aufgewachsen sind. Finden Sie, dass Richter bei ihren Urteilen berücksichtigen sollten, in welcher Kultur jemand aufgewachsen ist, oder sollte das Urteil unabhängig von der kulturellen Herkunft des Angeklagten gesprochen werden?"



Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 192
vom 20. August 2014, S. 8, unter dem Titel:

"Im Namen des Volkes. Die meisten glauben,
Reiche hätten vor Gericht die besseren Chancen.
Insgesamt fühlen sie sich aber gut aufgehoben im
Rechtssystem."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Im Namen des Volkes



Die meisten glauben, Reiche hätten vor Gericht bessere Chancen. Insgesamt fühlen sie sich aber gut aufgehoben im Rechtssystem.

Von Professor Dr. Renate Köcher, Institut für Demoskopie Allensbach

In letzter Zeit gab es wiederholt Gerichtsurteile, die große öffentliche Aufmerksamkeit und viel Kritik erregten. Ob die Aufarbeitung des Falles Mollath, die 100-Millionen-Dollar-Einigung mit Bernie Ecclestone oder der Verlauf des Prozesses gegen Uli Hoeneß – durchgängig waren diese Prozesse dazu angetan, Zweifel an der Justiz zu nähren. Dazu kommen Urteile, die dem Rechtsempfinden der meisten Bürger widersprechen. Dazu gehört das Urteil, das Internetprovider die Namen derjenigen nicht preisgeben müssen, die im Internet anonym mit nachweislich falschen Behauptungen den Ruf von Ärzten oder anderen Berufsgruppen schädigen; lediglich ein Fünftel der Bevölkerung kann das nachvollziehen, 62 Prozent halten es für falsch. Auf noch mehr Ablehnung trifft das Urteil des Europäischen Gerichtshofes, dass Türken, die ihrem Ehepartner nach Deutschland nachziehen, künftig kein Test ihrer deutschen Sprachkenntnisse mehr abverlangt werden darf.

So kritisch diese Urteile auch aufgenommen wurden, es ist nicht zu erkennen, dass sie das Grundvertrauen in die deutsche Justiz erschüttert hätten. Dieses Vertrauen ist groß: Zwei Drittel der Bürger haben großes Vertrauen in die deutschen Gerichte, nur 29 Prozent wenig und ganze 5 Prozent keinerlei Vertrauen. Über die vergangenen Jahre hinweg schwankte der Vertrauenspegel zwischen 60 und 71 Prozent. Dahinter verbirgt sich ein sehr bemerkenswerter Befund: Es gibt zwischen West- und Ostdeutschland keine signifikanten Unterschiede mehr, ganz anders als noch vor fünf Jahren. Lange Zeit war das Vertrauen in die Justiz wie in die Ge-

Das Grundvertrauen in das Rechtssystem ist besonders in Ostdeutschland deutlich größer geworden.

die verbreitete Aversion gegen den Einfluss des EuGH. Obwohl die Mehrheit ihr Grundvertrauen in die Justiz auch auf den Europäischen Gerichtshof überträgt, kann sich nur eine Minderheit dafür erwärmen, dass dieses Gericht über Fälle urteilt, die zunächst ausschließlich Deutschland betreffen, wie dies der Fall bei dem jetzt untersagten Nachweis von Sprachkenntnissen für nachziehende türkische Ehepartner war. 50 Prozent möchten solche Entscheidungen ausschließlich deutschen Gerichten vorbehalten.

erlich wie Ehepaare zu behandeln, von 62 Prozent. Auch dass Karlsruhe die Latte für ein Verbot von Parteien hoch gelegt hat und verfassungsfeindliche Ansichten als dafür nicht ausreichend bewertete, hält die Mehrheit für richtig.

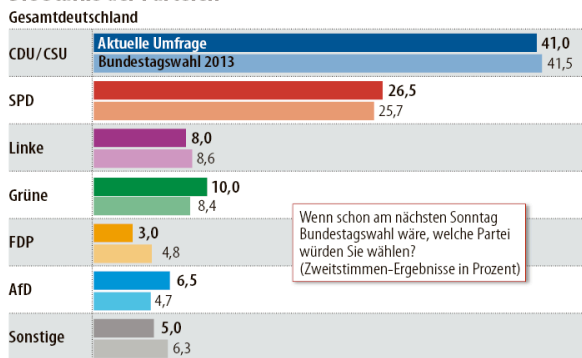
Auf der anderen Seite haben die meisten ein Problem mit dem Schutz des Demonstrationsrechtes durch die Verfassungsrichter, die urteilen, dass Demonstrationen auch dann nicht verboten werden dürfen, wenn es zu gewaltsamen Ausschreitungen kommen könnte. Die Mehr-

Dass andere Urteile oder Vergleiche, die kritisch aufgenommen wurden, das Ansehen der Rechtsprechung nicht angegriffen haben, hat allerdings auch damit zu tun, dass die Blindheit von Justitia nach Überzeugung der meisten immer eine Schimäre war. Nur eine Minderheit glaubt, dass in Deutschland jeder Bürger die gleichen Chancen hat, zu seinem Recht zu kommen. 61 Prozent halten die Rechtsprechung für uneinheitlich und damit die Chancen in hohem Maße abhängig davon, vor welchem Gericht und Richter man steht. Noch mehr sind überzeugt, dass die materiellen Verhältnisse großen Einfluss auf die Chancen vor Gericht haben: 71 Prozent glauben, dass derjenige, der sich einen bekannten Anwalt leisten kann, bessere Chancen hat. Geld und Prominenz verbessern nach Überzeugung der Mehrheit die Voraussetzungen für ein mildes Urteil. Auch im Fall Hoeneß hatten die meisten den Eindruck, dass er durch seine Prominenz Vorteile hatte. Bei Ecclestone verblüffte höchstens die Vergleichssumme. Ansonsten „passte“ der Fall in das Weltbild, dass Geld in fast jeder Lebenslage hilft, die Umstände angenehmer zu gestalten.

Insgesamt meinen jedoch die meisten, sofern sie sich ein pauschales Urteil zutrauen, dass die meisten Urteile richtig und gerecht sind. Allerdings ist knapp die Hälfte überzeugt, dass die Urteile oft zu milde ausfallen. Insbesondere junge Straftäter können nach dem Eindruck vieler Bürger oft auf zu große Nachsicht hoffen.

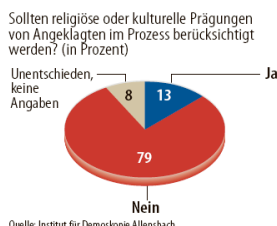
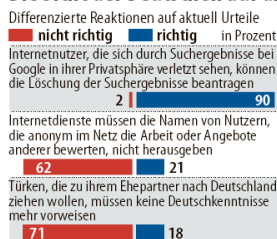
Die Hauptkritik am deutschen Justizsystem setzt jedoch an der Überlastung der Gerichte und den daraus resultierenden Verfahrensdauern an. Vor vier Jahren waren 74 Prozent der Bürger überzeugt, dass viele Verfahren zu lange dauern, zwei Jahre später 77 Prozent, jetzt 81 Prozent. Der Eindruck, dass viele Gerichte überlastet sind, hat im selben Zeitraum von 60 auf 71 Prozent zugenommen. Entsprechend glaubt auch nur eine Minderheit, dass die Gerichte ausreichend Zeit haben, um gewissenhaft zu arbeiten. Richter und Staatsanwälte bestätigen in Befragungen diesen Eindruck. Die überwältigende Mehrheit zieht die Bilanz, dass sie sich für die einzelnen Rechtsfälle nicht ge-

Die Stärke der Parteien

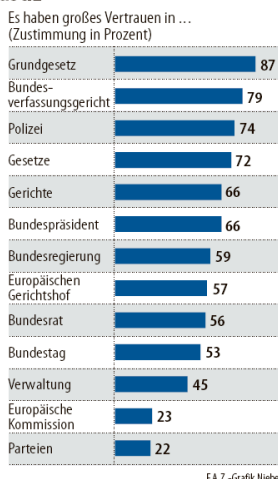


Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, jüngste Umfrage: 21. Juli bis 5. August; gerundete Angaben FA.Z.-Grafik Niebel

Die Sicht der Deutschen auf die Justiz



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach



FA.Z.-Grafik Niebel

setze und andere Institutionen in Ostdeutschland gravierend niedriger als in Westdeutschland. Noch 2008 bekundeten 65 Prozent der westdeutschen, aber nur 45 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung großes Vertrauen in die Rechtsprechung. Seither ist das Vertrauen im Osten von 45 auf 64 Prozent angewachsen.

Generell ist das Vertrauen in das gesamte Rechtssystem groß, in die Gesetze wie in die Rechtsprechung nach diesen Gesetzen. Nichts reicht an das Vertrauen heran, das insbesondere das Grundgesetz und das Bundesverfassungsgericht genießen. 87 Prozent der Bürger setzen großes Vertrauen in das Grundgesetz, 79 Prozent in das Bundesverfassungsgericht, 72 Prozent generell in die Gesetze der Bundesrepublik. Lediglich die Polizei genießt ähnlich großes Vertrauen wie Gesetze und Justiz. Das Grundvertrauen in die Justiz strahlt sogar auf den Europäischen Gerichtshof (EuGH) aus, dem die Bürger ungleich mehr Vertrauen entgegenbringen als der Europäischen Kommission.

Das Grundgesetz gilt heute als eine der größten Leistungen und Erfolge des Landes. 60 Prozent zählen das Grundgesetz zu den größten historischen Leistungen der Bundesrepublik. Im Blick auf die europäische Integration wächst allerdings die Sorge, dass dieser bewährte Rechtsrahmen beeinträchtigt werden könnte. Zwei Drittel der Bürger diagnostizieren einen Bedeutungsverlust des Grundgesetzes durch die europäische Integration, wobei die meisten allerdings den Eindruck haben, dass der Einfluss von Grundgesetz und Bundesverfassungsgericht bisher nicht gravierend geschmälert worden ist.

Die Bürger unterschätzen im Allgemeinen den Einfluss der europäischen Ebene. Doch selbst da, wo das Verfassungsgericht sich erkennbar skeptisch der europäischen Politik beugte, wie im Fall der Rettungspakete für die überschuldeten Mitglieder der Eurozone, war schon allein die Tatsache, dass das Gericht sich ausführlich mit den Problemen beschäftigte, für viele Bürger eine Beruhigung.

Wie schwer sich die Bevölkerung mit dem Transfer von juristischen Kompetenzen auf die europäische Ebene tut, zeigt

Das überwältigende Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht bedeutet jedoch nicht, dass die Mehrheit in der Regel mit den Karlsruher Entscheidungen konform geht. Viele Urteile decken sich zwar mit dem Rechtsempfinden der Mehrheit. Das gilt ebenso für das Urteil, dass Telefon- und Internetverbindungen nur bei konkretem Tatverdacht ausgewertet werden dürfen, wie für die grundsätzliche Genehmigung von Auslandsreisen, wenn sie der Bundestag beschlossen hat. Zwei Drittel akzeptieren auch das Urteil, dass Hilfszahlungen an Mitgliedsländer der Eurozone zulässig sind, wenn die Mehrheit des Bundestages sie befürwortet. Das Urteil, das dem Staat das Recht zugesteht, muslimischen Lehrerinnen das Tragen des Kopftuchs im Unterricht zu untersagen, wurde von 69 Prozent unterstützt, das Verdikt, eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften steu-

erhält es auch nicht für richtig, wenn Eltern verlangen dürfen, dass in staatlichen Schulen ein Kreuz im Klassenzimmer abgehängt wird. Auch mit der Erlaubnis von sogenannter Schockwerbung von Unternehmen tut sich die Mehrheit schwer, wie auch mit dem Verbot, heimliche Vaterchaftstests vor Gericht als Beweis vorzulegen. Dies tut dem Vertrauen in das Verfassungsgericht jedoch keinen Abbruch, wie auch einzelne kontrovers diskutierte Urteile anderer Gerichte das Zutrauen in die Justiz kaum beeinträchtigt haben. Das gilt auch für die Ebene unterhalb des Verfassungsgerichts. Während die große Mehrheit kein Verständnis für das Urteil zum Schutz der Anonymität im Netz hat, halten umgekehrt 90 Prozent das Urteil für richtig, dass Google zur Löschung von Informationen verpflichtet werden kann, die dazu angetan sind, Persönlichkeitsrechte zu verletzen.

Bürger und Juristen sind sich darin einig, dass viele Gerichtsverfahren zu lange dauern.

nügend Zeit nehmen können. Das gilt insbesondere für diejenigen, die an Sozialgerichten arbeiten, während die Situation an den Arbeits- und Finanzgerichten im Durchschnitt deutlich günstiger ist.

Die große Mehrheit empfindet Deutschland als gefestigtes und verlässlichen Rechtsstaat, und viele fühlen sich durch eigene Erfahrungen bestätigt. Rund 30 Prozent haben in den vergangenen Jahren als Zeuge, Kläger oder Beklagter Erfahrungen mit dem Rechtssystem gemacht. Neben der Aufmerksamkeit für spektakuläre Fälle stehen damit zahlreiche Erfahrungen mit der alltäglichen Rechtsprechung, die wesentlich zu dem stabilen Vertrauen in die Justiz beitragen.

Viele sehen in der Justiz jedoch auch eine Bastion, mit der die politische und gesellschaftliche Ordnung des Landes verteidigt wird. Dies gilt beispielsweise für die Rolle des Verfassungsgerichts im Prozess der europäischen Integration genauso wie für die Verteidigung der deutschen Werteordnung in einem Land, in dem zunehmend unterschiedliche kulturelle Prägungen aufeinandertreffen. Die Gerichte sind immer mehr mit Fällen konfrontiert, in denen kulturelle Prägungen aus anderen Kulturkreisen eine Rolle spielen. Die überwältigende Mehrheit erwartet hier, dass nach der geltenden Rechtsordnung und den in ihr enthaltenen Wertvorstellungen Recht gesprochen wird ohne Berücksichtigung der Herkunft und kulturellen Prägungen der Prozessbeteiligten. Der Justiz wird damit eine wesentliche Integrationsfunktion zugeschrieben, die Durchsetzung der Maßstäbe und Werte, auf denen das deutsche Recht aufbaut, in einer immer heterogeneren Gesellschaft.